

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Johannes Meier

Abg. Martina Gießübel

Abg. Kerstin Celina

Abg. Julian Preidl

Abg. Doris Rauscher

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier u. a. und Fraktion (AfD)

Situation, Förderung und Ausbau kommerzieller familienorientierter Freizeit- und Bildungszentren in Bayern (Drs. 19/8238)

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Abgeordnete Johannes Meier von der AfD.

(Beifall bei der AfD)

Johannes Meier (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Damen und Herren! Wenn man der Staatsregierung oft zuhört, dann könnte man meinen, in Bayern ist bei familienfreundlichen Freizeit- und Bildungsangeboten alles in bester Ordnung; aber das sehen wir anders. Das ist nicht der Fall. Die Wahrheit ist: Bayern hat hier definitiv Nachholbedarf, und zwar ausgerechnet bei einem Thema, bei dem sich die Staatsregierung sonst hier auch so gerne feiert, bei Familienfreundlichkeit, Bildung und Zukunftschancen für Kinder und Jugendliche.

Ich erkläre den Hergang ein wenig: Auf unsere Schriftliche Anfrage zu Situation, Förderung und Ausbau von familienorientierten Freizeit- und Bildungszentren haben wir wieder einmal unzureichende Antworten bekommen.

(Zuruf)

Daher haben wir im Ausschuss auch mit einem Antrag einen Bericht gefordert. Dieser Antrag wurde im Ausschuss dann nach Protokoll wohl wieder zurückverwiesen, weil die Zuständigkeit nicht ganz klar war. Der Antrag ging dann wieder zurück zum Wirtschaftsausschuss, blieb dann doch im Sozialausschuss, und wurde dann, wie so oft, mit Belanglosigkeiten kleingeredet und am Ende dann abgelehnt.

Aber im Grunde ist es so: Die Staatsregierung hat schlichtweg keine belastbaren Daten zu dem Thema. Sie weiß nicht einmal genau, wie die Versorgungslage hier im Freistaat tatsächlich aussieht. Durch eine saubere Bestandsaufnahme können wir dies lösen. Daher bitten wir nach den ausgebliebenen Antworten hier erneut um Zustimmung zu unserem Berichtsantrag; denn erst mit der Erfassung belastbarer Daten können wir die Zukunft bei diesem Thema besser gestalten.

Diese Indoor-Spielplätze oder MINT-Labs, wie in unserem Berichtsantrag aufgeführt, erfüllen eine ganz spannende Funktion. International sind diese schon erfolgreich. Andere Länder machen das schon. In den USA gibt es die teilweise sogar in großen Malls. Der Hintergedanke ist: Ein Museum zum Beispiel bietet nicht nur über das Lesen Informationen an, sondern bietet auch Kindern und Jugendlichen Möglichkeiten zum Experimentieren an. Der Vorteil ist schlichtweg: gemeinsam kennenlernen, ausprobieren. Das ist eine wirklich spannende Fördermöglichkeit. Das geht weit darüber hinaus: Das Museum bietet auch Workshops mit 3D-Druck und Co. an, und Familien haben auch eine tolle Alternative in der Freizeit, die dann auch bezahlbar gestaltet werden muss, um in der Freizeit auch ein passendes Angebot erhalten zu können.

Aber wie möchte der Freistaat hier die Angebote und die Rahmenbedingungen verbessern, wenn gar keine belastbaren Daten vorliegen? Was politisch helfen würde, ist uns jetzt schon klar: mehr Planungs- und auch Genehmigungssicherheit für private Betreiber, einfach schnellere und verlässlichere Standardverfahren für solche Indoor-Spielplätze oder MINT-Labs und auch eine bessere und schnellere Umnutzung von bestehenden Gewerbeflächen, die aktuell leer stehen. Genau diese Modelle – ich habe es bereits erwähnt – sind international erfolgreich. Deswegen ist unser Appell hier auch ganz klar: Aufhören zu behaupten, es gäbe schon ein ausreichendes Angebot, die Daten wirklich einmal eruieren, die Daten sammeln, um dann auch im Freistaat Bayern final eine Verbesserung herbeiführen zu können. Daher bitten wir um Zustimmung zu unserem Berichtsantrag.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Martina Gießübel für die CSU-Fraktion.

Martina Gießübel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute über einen Antrag, der zunächst natürlich gut klingt: Freizeit, Freizeitangebote für Familien, Bildung für Kinder, Indoor-Angebote auch bei schlechtem Wetter – wer wäre da dagegen? Ich bin es auch nicht. Familien in Bayern verdienen gute Angebote, und das ist auch ein Anliegen, das wir alle teilen; aber ich bin dagegen, wie dieser Antrag gestellt ist, und ich werde begründen, warum er in dieser Form abzulehnen ist.

Ein gutes Thema allein macht noch keinen guten Antrag. Es kommt darauf an, ob man die richtigen Fragen stellt, ob man das zuständige Ministerium anspricht und ob die Antworten nicht längst vorliegen. In allen drei Punkten hat dieser Antrag ein Problem, und das möchte ich auch im Einzelnen zeigen.

Der Antrag verlangt einen umfassenden Bericht über die Lage von kommerziellen Indoor-Freizeit- und Erlebniszentren einerseits und außerschulischen Bildungs- und Experimentierzentren andererseits. Das klingt korrekt, ist es aber nicht. Diese beiden Bereiche gibt es so in keiner amtlichen Statistik, Herr Meier. Sie haben es gesagt: Es gibt keine offizielle Definition, keine einheitliche Erfassung, keine Abgrenzung, die staatlich anerkannt wäre. Ein Trampolinpark, ein Science Center und ein FabLab werden statistisch nicht als gemeinsame Branche geführt, weil sie das schlicht nicht sind. Was soll die Staatsregierung dann also über etwas berichten, das sie mangels einheitlicher Datenbasis gar nicht systematisch erfassen kann? Ein Bericht, der auf dieser Grundlage entsteht, wäre keine belastbare politische Analyse; es wäre eine Schätzung, und Schätzungen sind keine seriöse Grundlage für politische Entscheidungen.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage das nicht – das möchte ich ausdrücklich sagen –, um das Anliegen kleinzureden. Ich sage das, weil ein Bericht nur dann nützlich ist, wenn er auf echten Zahlen basiert. Wer politisch handeln will, braucht nämlich verlässliche Fakten. Diese liefert dieser Antrag in seiner jetzigen Form nicht. Schon allein deshalb kann er keinen Erfolg haben.

(Beifall bei der CSU)

Der zweite Einwand ist ebenso klar. Dieser Antrag richtet sich an das Sozialministerium, und das ist falsch. Das Sozialministerium ist für Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe zuständig, also für Kitas, Horte, Jugendarbeit und Familienberatung. Trampolinparks, kommerzielle Spielhallen und private Wissenschaftszentren zählen nicht dazu. Das sind privatwirtschaftliche Unternehmen, und über diese hat das Sozialministerium weder Aufsicht noch Datenzugang noch ist es rechtlich zuständig.

Wenn man wirklich etwas über kommerzielle Freizeitanbieter wissen möchte, ist das Wirtschaftsministerium die richtige Anlaufstelle. Das war offenbar zunächst auch so gedacht. Der Antrag war ursprünglich im Wirtschaftsausschuss eingebracht worden, dann wurde er in den Sozialausschuss verwiesen. Damit wurde die Zuständigkeitsfrage nicht gelöst, sondern nur verlagert. Das ist kein Formfehler, der sich leicht beheben ließe. Die Zuständigkeit bestimmt, wer die Daten hat, wer die Kontakte in die Branche hat und wer beurteilen kann, welche Maßnahmen sinnvoll sind. Wenn das falsche Ministerium beauftragt wird, kommt am Ende kein brauchbares Ergebnis heraus, ganz gleich, wie gut die Absicht dahinter war.

Der dritte und vielleicht deutlichste Einwand, lieber Kollege: Die Fragen in diesem Antrag sind bereits gestellt und bereits beantwortet worden. Parallel zu diesem Berichtsantrag lief nämlich eine Schriftliche Anfrage – Sie sind darauf eingegangen – zum selben Themenkomplex mit Frist 20. Oktober 2025. Die Staatsregierung hat diese Anfrage beantwortet, und zwar unter Beteiligung – ich betone das hier – von sechs Ministerien: dem Wirtschaftsministerium, dem Kultusministerium, dem Wissen-

schaftsministerium, dem Landwirtschaftsministerium, dem Digitalministerium und dem Bayerischen Landesamt für Statistik, das dem Innenministerium nachgeordnet ist. Das ist keine knappe Auskunft, die Sie bemängeln, sondern das ist eine gründliche und auch ressortübergreifende Bestandsaufnahme.

(Beifall bei der CSU)

Was soll also ein zusätzlicher Berichts Antrag jetzt noch mehr leisten? Dieselben Ministerien, dieselben Fragen, dieselben Antworten, nur mit Mehraufwand auf allen Seiten. Das ist keine sinnvolle Nutzung parlamentarischer Instrumente.

(Michael Hofmann (CSU): Sehr gut!)

Ich möchte ausdrücklich betonen: Es geht nicht darum, das Thema abzuhaken. Es geht darum, dass die Staatsregierung bereits gezeigt hat, dass sie es ernst nimmt, indem sie sechs Ministerien in die Beantwortung eingebunden hat. Das ist kein Verwalten; das ist aktives Hinschauen. Genau das ist die richtige Antwort auf dieses Thema. Dieser Berichts Antrag kommt deshalb zu spät und bringt auch keine neuen Erkenntnisse.

Ich möchte aber auch deutlich sagen, was Bayern in diesem Bereich tatsächlich tut; denn das kommt im Antrag so gut wie gar nicht vor. Ich widerspreche Ihnen ein wenig, Herr Meier. Ich möchte das einmal benennen. Bayern unterstützt die Initiative Junge Forscherinnen und Forscher, die als MINT-Koordinierungsstelle Kinder und Jugendliche für Naturwissenschaft und Technik begeistert – eine ganz wertvolle Sache. In 13 bayerischen Regionen gibt es bereits BayernLabs, die Robotik-Kurse für Kinder eng verknüpft mit den örtlichen Schulen anbieten. Es gibt Schülerforschungszentren, Kinderuni-Angebote der Universitäten und zahlreiche weitere Förderangebote, die praxisnahes Lernen möglich machen, und zwar nicht nur in München oder Nürnberg, sondern quer durch den gesamten Freistaat.

Dazu investiert Bayern massiv in Ganztagsangebote, in Kitas und in die schulische Förderung von MINT-Fächern. Ich kann aus meinem Stimmkreis berichten: Wir haben eine ganz tolle Wissenswerkstatt zusammen mit der Universität, die sehr, sehr gut angenommen wird.

Wir sorgen dafür, dass Kinder in Bayern nicht nur gut betreut, sondern auch gut gefördert werden – in der Schule, nach der Schule und auch darüber hinaus. Familienfreundlichkeit ist für uns kein Schlagwort; das ist gelebte Politik, die sich in konkreten Angeboten und verlässlichen Strukturen niederschlägt. Wir reden nicht nur darüber, wir liefern. Wir werden diesen Weg konsequent weitergehen; denn Kinder sind die Zukunft Bayerns, und die Zukunft Bayerns liegt uns immer am Herzen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ich sage abschließend auch ganz offen: Natürlich wäre es schön, wenn es noch mehr interaktive Lern- und Freizeitangebote für Familien gäbe, auch auf dem Land, auch bei Regen, auch außerhalb der großen Städte. Natürlich ist das ein verständlicher Wunsch, den viele Familien teilen, und wir nehmen ihn ernst.

Der Weg zu bessere Angeboten führt aber nicht über einen Berichts Antrag, der statistisch nicht umsetzbar ist, das falsche Ministerium anspricht und Fragen wiederholt, die bereits beantwortet sind. Das sind keine kleinlichen Einwände; das sind die drei sachlichen Gründe, warum dieser Antrag abzulehnen ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Johannes Meier, AfD-Fraktion, vor.

Johannes Meier (AfD): Frau Gießübel, für mich bleibt das Problem immer noch bestehen, wenn der Antrag heute abgelehnt wird. Das ist Punkt eins. Ich habe auch erwähnt – das hatten Sie wiederholt –, dass wir auch zuerst das Wirtschaftsministerium als zuständig gesehen haben. Ich meine, dafür kann jetzt niemand etwas. Ich

finde es trotzdem erschreckend, wenn sechs Ministerien an einer Schriftlichen Anfrage arbeiten und trotzdem so wenig Inhalte herauskommen. Deshalb bleibe ich dabei, dass hier Nachholbedarf besteht.

Sie haben ja gesagt: In ganz Bayern waren es 13 Angebote – ich glaube, diese Zahl haben Sie genannt. Aus unserer Sicht ist das deutlich zu wenig. Deswegen lautet meine Frage: Wenn wir den Weg noch einmal gehen und die Anfrage an das korrekte Ministerium richten, würden Sie das als CSU dann unterstützen, damit wir uns mehr Daten erarbeiten lassen und erhalten, um in der Zukunft in der Fläche auch etwas mehr positiv aufarbeiten zu können?

Martina Gießübel (CSU): Herr Kollege Meier, Sie haben das Thema angesprochen, was nicht auf taube Ohren stößt. Ich habe genug Punkte gebracht, was wir schon tun. Wir haben das natürlich auf dem Schirm und werden auch weiter fördern. Das war ein Impuls. Wir werden das natürlich bei allen politischen Entscheidungen berücksichtigen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Gießübel. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Kerstin Celina für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag der AfD fordert einen umfassenden Bericht über kommerzielle Freizeit- und Erlebniszentren sowie über außerschulische Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche in Bayern. Das klingt harmlos, ist es aber nicht.

Erstens. Wir leben in einer freien sozialen Marktwirtschaft. Die Unternehmer:innen sind frei, gute Freizeitangebote für Familien zu machen, und die Eltern sind frei, sie zu nutzen. Wenn es an guten Freizeitangeboten für Familien mangelt, werden sich Unternehmer:innen finden, die hier investieren. Dafür braucht es diesen enorm umfangreichen Bericht, den Sie fordern, nicht.

Sie fordern eine Auflistung von Laser-Tag-Anlagen im Bayerischen Wald bis hin zu Trampolinparks in Unterfranken. Diese Art von Bericht würde Unmengen an Ressourcen unserer Verwaltung erfordern und wäre schon am Tag des Erscheinens veraltet. Das ist der zweite Grund, weshalb wir ablehnen.

Der dritte Punkt ist aber der wichtigste. Sie wollen mit diesem Antrag die Situation der Familien gar nicht verbessern, sondern Sie wollen Zugang zu unseren Kindern und Jugendlichen bekommen,

(Zurufe von der AfD: Oje!)

um Ihre verschrobene wissenschaftsfeindlichen Ansichten mithilfe privater AfD-naher Unternehmer in die Familien, Kitas und Horte zu tragen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei der AfD)

Ich sage Ihnen hier eines ganz deutlich: In Ihrem Antrag fangen Sie mit Trampolinparks harmlos an. Und dann tun Sie so, als ob es in Kitas und Horten einen Mangel an naturwissenschaftlichen Bildungsangeboten gäbe. Als ob Sie, die wissenschaftsfeindliche AfD, naturwissenschaftliche Kenntnisse fördern wollten! Da lachen doch die Hühner.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der AfD: Oje! – Florian Köhler (AfD): Ich lache auch!)

Ich sage Ihnen, worum es Ihnen wirklich geht: Sie wollen Ihren AfD-Mist mithilfe von privaten Unternehmen in unsere staatlichen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen tragen. Und gleichzeitig wollen Sie tolle staatliche Angebote für familiäre Bildung – zum Beispiel das NAWAREUM in Straubing – zerstören.

Sie, die AfD, haben vor wenigen Tagen in den Debatten im Haushaltsausschuss beantragt, dem NAWAREUM in Straubing die staatlichen Zuschüsse komplett zu streichen, weil es angeblich nicht politisch neutral sei. Sie, die AfD, wollen so einer Einrichtung –

einer Bildungseinrichtung, in der Klimawandel, erneuerbare Energien, die Auswirkung der verschiedenen Ernährungsarten auf unsere Ressourcen wissenschaftlich erklärt werden – das Geld streichen.

(Zurufe von den GRÜNEN und der AfD)

Parallel dazu wollen Sie die Möglichkeit bekommen, Ihren ideologischen Blödsinn in unseren Bildungseinrichtungen an unsere Kinder zu bringen. Gleichzeitig wollen Sie all den anderen Organisationen, die sich für Gleichstellung, Respekt und Toleranz einsetzen, das Geld streichen – vom Bayerischen Jugendring über den Bayerischen Landesfrauenrat bis hin zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern und von Chancengleichheit.

Sie wollen nichtstaatliche, wichtige Institutionen wie REspect! abschaffen und ihnen die Fördergelder kürzen.

(Florian Köhler (AfD): Ja, auf jeden Fall!)

Dabei ist REspect! extrem wichtig, um gegen Hass und Hetze im Netz vorzugehen; denn auch das Internet ist kein rechtsfreier Raum.

Sie, die Abgeordneten der AfD, verfolgen einen Plan. Sie wollen unsere freie, rechtsstaatliche, wissenschaftsorientierte Gesellschaft abschaffen und Ihre wissenschaftsfeindliche Ideologie vorantreiben. Jeder einzelne Antrag von Ihnen hier im Landtag ist ein Puzzlestein, der im Zusammenhang ein klares Bild ergibt.

Auch dieser Antrag heute ist nicht harmlos und nicht familienfreundlich. Und es soll keiner sagen, er habe es nicht gewusst!

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei der AfD)

Wir, die GRÜNEN und viele, viele andere Parteien und Menschen außerhalb der Parteien, werden uns auch weiter mit aller Kraft entgegenstellen und lehnen Ihren Antrag ab; denn er ist weder familienfreundlich noch harmlos, sondern er ist ein weiteres

passendes Puzzlestück für den geplanten ideologischen Umbau unseres freiheitlichen Rechtsstaats. Und das werden wir nicht zulassen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Johannes Meier.

Johannes Meier (AfD): Ich hatte eigentlich vor, nicht mehr zu drücken, aber bei so viel unnötigem Quatsch blieb mir wirklich nichts anderes übrig.

(Beifall bei der AfD)

Also, erst einmal sagen Sie, freie Marktwirtschaft und der Markt regelten sich von alleine. – Das sagen die GRÜNEN, die sonst alles mit Subventionen und Sanktionen steuern, niemandem mehr eine freie Entscheidung überlassen! Sie sagen auf einmal, das wird sich schon alles regeln. Ich finde das sehr widersprüchlich, sehr lustig.

Das zweite Thema, dass wir Zugang zu den Kindern haben möchten. – Ich glaube, Sie wissen alle, was an Schulen abgeht, was an Kindergärten abgeht: irgendwelche Buchvorlesungen von Menschen, die sich irgendwie vier Geschlechtern zugehörig fühlen.

Ich möchte Ihnen als Vertretern der GRÜNEN hier jetzt nur eines sagen: Sie sollten ein bisschen vorsichtiger sein. Ich sage nur den Namen "Daniel Cohn-Bendit" und verweise auf die Debatte bei den GRÜNEN im Pädophilieskandal, wo es eine Grundsatze debatte gab. Ich lasse mir von Ihnen sicherlich nicht sagen, dass wir Zugang zu Kindern haben wollen und diese negativ beeinflussen. Denn die sitzen alle da drüben. Das sollten Sie einmal aufarbeiten.

(Beifall bei der AfD)

Kerstin Celina (GRÜNE): Ich finde es krass, dass Sie nach wie vor Ihren Antrag, der zusammen mit all den anderen Anträgen, die Sie stellen – – Ich sitze im Haushaltsausschuss. Ich höre mir jeden Tag diesen Scheiß an, den Sie beantragen.

(Unruhe)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Celina!

(Unruhe)

Kerstin Celina (GRÜNE): Das Ganze, was Sie beantragen, ist wissenschaftsfeindlich und ideologisch von vorne bis hinten! Und diese Wissenschaftsfeindlichkeit tragen Sie in diesen Antrag genauso wie in alle anderen hinein. Darum geht es. Und Sie schützen Familienfreundlichkeit vor und haben etwas ganz anderes im Sinn.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Celina, vielen Dank für Ihre Rede. Kleiner Hinweis: Bitte auch in der Rhetorik parlamentarisch bleiben. Vielen herzlichen Dank. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Julian Preidl für die FREIEN WÄHLER.

Julian Preidl (FREIE WÄHLER): Geschätzter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor wenigen Tagen hat mir eine Mutter aus dem Stimmkreis erzählt, wie wichtig verlässliche Betreuung und gute Freizeitangebote für ihre Kinder sind. Sie sagte, mir hilft alles, was den Alltag erleichtert, aber bitte keine zusätzliche Bürokratie.

Das bringt es, was diesen Antrag angeht, eigentlich auf den Punkt: Familien brauchen Unterstützung. Der Antrag an sich bringt aber die Mutter nicht weiter. Er dient nicht der Sache und ist zudem eigentlich auch überflüssig. Deshalb sage ich ganz klar: Wir lehnen diesen Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Bayern verfolgt seit Jahren eine kinderfreundliche Wirtschaftspolitik, die Sozial-, Bildungs- und Wirtschaftsziele miteinander verbindet. Wir schaffen Betreuungsplätze, stärken die Ganztagsangebote ab der 1. Klasse, entlasten Familien finanziell und fördern Unternehmen, die familienfreundliche Arbeitsmodelle leben. Das ist ein breites Fundament, das wirkt.

In ganz Bayern finden sich bereits jetzt einige Indoor-Spielplätze, um die es in Ihrem Antrag ursprünglich ging, Kletterhallen, Trampolinparks, Schwarzlicht-Minigolf-Anlagen, Lernwerkstätten, Schülerforschungszentren und Maker-Spaces. Viele davon sind privat betrieben, andere kommunal oder in Kooperation mit Schulen. Die Vielfalt ist also schon jetzt groß, und sie wächst weiter. Wenn ihr Informationen dazu wollt, gibt es im Netz wirklich viele Informationsquellen, die das zusammenfassen.

Der Antrag fordert nun einen umfassenden Bericht über Lage, Förderung und Ausbaupotenziale dieser Einrichtungen. Das klingt jetzt im ersten Moment, wie es die Kollegin Gießübel gesagt hat, interessant. Doch im Rahmen der Schriftlichen Anfrage zu genau diesen Fragen werden die Antworten bereits genannt. Ein weiterer Bericht ist einfach nur unnötig.

Wir sollten uns viel eher darauf konzentrieren, was Familien weiterbringt. Das ist zum einen verlässliche Betreuung – dafür sorgen wir –, zum anderen sind das gute Infrastruktur – dafür sorgen wir auch – und möglichst kurze Wege – auch das gewährleisten wir auch im ländlichen Raum.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Natürlich gibt es Bereiche, in denen wir weiterdenken müssen: Wie können wir bürokratische Hürden für private Betreiber reduzieren? Wie können Kommunen leichter Kooperationen mit außerschulischen Lernorten eingehen? Und wie schaffen wir es, dass innovative Angebote auch im ländlichen Raum entstehen? – Dazu braucht es aber sinnvollere Beiträge als jetzt die der AfD. Gute familienfreundliche Wirtschaftspo-

litik zeichnet sich durch konstruktive Vorschläge aus, die der Sache dienen, und nicht durch Berichte, die nur zum Schüren von Unmut dienen.

Unser Ziel bleibt klar: Bayern soll das familienfreundlichste Bundesland bleiben – nicht durch mehr Papier, sondern durch mehr Möglichkeiten. Bayern steht nämlich im bundesweiten Vergleich hervorragend da, weil die zuständigen Ressorts – das Wirtschaftsministerium, das Kultusministerium und auch das Sozialministerium – Hand in Hand arbeiten.

Das Wirtschaftsministerium sorgt dafür, dass Familienfreundlichkeit durch starke regionale Infrastruktur, Unterstützung familienfreundlicher Unternehmen und Rahmenbedingungen, die private wie kommunale Träger stärken, ein wirtschaftlicher Faktor wird. Das Kultusministerium schafft verlässliche Bildungs- und Betreuungsstrukturen vom Ausbau der Ganztagesangebote bis hin zu modernen Lernräumen. Das Sozialministerium ergänzt diese Maßnahmen mit gezielten Unterstützungen für Familien und Kommunen.

Gemeinsam entsteht daraus eine Politik, die Betreuung, Bildung und wirtschaftliche Teilhabe verbindet. Kinder sollen nicht nur betreut werden, sondern sie sollen sich auch entfalten können, in Sportvereinen, Musikschulen, Jugendzentren, Bibliotheken, Naturparks und in Orten, an denen Lernen Spaß macht. Für Familien hier vor Ort bedeutet das, wie schon erwähnt, die kurzen Wege zur Betreuung, verlässliche Öffnungszeiten, Angebote, die auch am Nachmittag funktionieren, und Freizeitorde, die – und jetzt aufgepasst – auch für alle bezahlbar sind.

Damit Freizeitangebote bezahlbar gemacht werden können, ist es durchaus sinnvoll – und das kritisieren Sie ja in Ihrem Antrag –, dass unsere Förderkulisse den Fokus auf die Ehrenamtlichen richtet und parallel versucht, Indoor-Parks schneller zuzulassen. Das eine schließt das andere ja nicht aus. Aber in Bayern gilt glücklicherweise der öffentliche Bildungs- und Erziehungsauftrag. Vereine und Jugendverbände sind dafür klassische Träger, weil sie partizipative, nicht gewinnorientierte Bildungsangebote si-

cherstellen. Dank diesen ist eine breite regionale Abdeckung mit niedrigen Barrieren gewährleistet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Preidl. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Doris Rauscher für die SPD-Fraktion.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die AfD redet von Kinderfreundlichkeit, Chancengerechtigkeit und von familienfreundlicher Wirtschaft. In Wahrheit wollen Sie aber die Kommerzialisierung von Bildung und Freizeit vorantreiben, mit staatlicher Förderung. Öffentliche Angebote würden geschwächt, staatliche Förderungen in die Privatwirtschaft gegeben und vermeintliche Hürden, zum Beispiel beim Arbeitsschutz oder bei der Versicherung, abgebaut. Das hat nichts mit Kinderfreundlichkeit zu tun, im Gegenteil. Das hat auch nichts mit familienfreundlicher Wirtschaftspolitik zu tun.

Statt allen Kindern mehr Möglichkeiten zu bieten, will die AfD dafür sorgen, dass gerade die finanziell Schwächeren ins Abseits gedrängt werden. In Bayern kämpfen 13,4 % der Kinder mit Armut und viele Familien mit einem eher kleinen Geldbeutel. Wie sollen sich diese Familien den Eintritt in Indoor-Spielplätze und Trampolinparks leisten können? Wir reden hier von 10 bis 20 Euro Eintritt pro Kind plus Begleitperson.

Für uns als SPD ist klar: Echte Teilhabe schaffen wir nur mit kostenfreien öffentlichen Räumen. Sie wollen aber sogar die Unterstützung des Bayerischen Jugendrings abschaffen. Auf Jugendzentren, Stadtbibliotheken, kommunalen Freizeiteinrichtungen, Museen mit Mitmach-Programmen und der Förderung von Familienzentren, Familiencafés und Ähnlichem liegt unser Fokus. Erst am Wochenende zum Beispiel war ich mit Kindern im Museum Mensch und Natur. Der Eintritt für Kinder ist bis 18 Jahre frei, und sonntags zahlen Erwachsene sogar nur einen Euro. Einen Besuch kann ich Familien nur empfehlen. Da ist für alle Altersgruppen etwas dabei. Es gibt sogar einen

Brotzeitraum zum Verzehr von selbst mitgebrachtem Essen. Familienfreundlicher geht es fast gar nicht.

(Michael Hofmann (CSU): Richtig!)

An solchen Orten lernen, spielen und entwickeln sich Kinder auch ohne großes Portemonnaie der Eltern – interaktiv und kinderfreundlich und nicht kommerziell.

Wir wollen echte Kinderfreundlichkeit, Niedrigschwelligkeit auf jeden Fall, aber nicht mit diesem Fokus, den Sie in Ihrem Antrag formulieren. Wir brauchen auch keinen erneuten Berichtsantrag. Wir haben das im Fachausschuss intensiv diskutiert. Ihr Antrag, Ihr Ansinnen, geht absolut in die falsche Richtung. Deswegen lehnen wir auch heute ab.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Rauscher. – Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind alle anderen Fraktionen. Enthaltungen? – Keine. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich gebe jetzt noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt zum Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Fachkräftesicherung aus eigener Kraft: ‚Ausbildungsbonus Führerschein‘ einführen!" auf Drucksache 19/7450. Mit Ja haben 25 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 108. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt, und die Sitzung ist geschlossen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5 – Schluss: 17:44 Uhr)